

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1878

222 (19.9.1878)

Beilage zu Nr. 222 der Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 19. September 1878.

Deutschland.

Berlin, 16. Sept. (Reichstag, 4. Sitzung.) (Schluß aus dem gestrigen Hauptblatte.)

Bundesbevollmächtigter Graf zu Eulenburg: Meine Herren! Es ist in zwei Beziehungen in ganz bestimmter Weise Bezug genommen worden auf eine Auskunft, die von den Vertretern der Bundesregierungen erwartet wird; die eine betrifft die gegen den inzwischen verstorbenen Verbrecher Nobiling stattgehabte Untersuchung, die andere gewisse Beziehungen, welche zwischen der kaiserl. preussischen Regierung und socialdemokratischen Vereinen oder Führern stattgehabt haben sollen. In der ersten Beziehung, meine Herren, habe ich zu erklären, daß über die Möglichkeit oder Zulässigkeit der Mittheilung der Verhandlung des Prozesses, welcher gegen Nobiling eingeleitet war, die preussische Justizbehörde zu befinden haben würde, wenn die Vorlegung verlangt wird; so viel aber, meine Herren, kann ich Ihnen sagen, daß in der That eine Vernehmung Nobiling's stattgefunden hat und daß er in dieser Vernehmung, soviel mir davon bekannt geworden ist, ausgesagt hat, daß er an socialdemokratischen Versammlungen theilgenommen u. an den dort vorgebrachten Lehren Gefallen gefunden habe. Mehr mitzuthesen muß ich, mit Rücksicht auf den Umstand, daß die preussische Justizbehörde über die Vorlegung der Akten zu befinden hat, mich enthalten. Wenn nun aber daraus weiter gefolgert worden ist, daß ein Zusammenhang zwischen den ruchlosen Thaten, die im Mai und Juni dieses Jahres stattgefunden haben, und der Socialdemokratie nicht existire, muß ich zunächst Veranlassung nehmen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß ich im Mai von dieser Stelle aus bereits gesagt habe, die Behauptung angeht nicht dahin, daß diese Thaten direkt von der Socialdemokratie angefaßt seien; ich bin nicht in der Lage, diese Behauptung jetzt aufzuheben oder überhaupt in dieser Richtung Neues beizufügen. Die Behauptung, meine Herren, ging aber dahin, daß die Lehren der Socialdemokratie und die Art und Weise, wie sie in einer leidenschaftlichen Agitation vorbereitet wurden, wohl geeignet wären, in verwilderten Gemüthern traurige Früchte zur Zeitigung zu bringen, wie wir sie zu unserm tiefsten Bedauern haben erleben müssen (sehr richtig! rechts), und an dieser Behauptung, meine Herren, glaube ich in Uebereinstimmung mit der gesammten deutschen Presse, mit alleiniger Ausnahme der socialdemokratischen, auch heute noch festhalten zu dürfen. Indem ich sicher bin, in dieser Richtung einem Widerspruch nicht zu begegnen, bin ich aber doch, so wenig es mir erwünscht ist, genöthigt, einigen Behauptungen gegenüber, die vorher angeführt worden sind, in einigen Beziehungen daran zu erinnern, welche Stellung die socialdemokratische Presse diesen Ereignissen gegenüber eingenommen hat. Wie es hier — und ich zweifle nicht an der Aufrichtigkeit — gesehen ist, so wird immer vorangestellt, daß die Socialdemokratie den Mord, unter welcher Gestalt er auch aufträte, verabscheue. Was aber geschieht gleichzeitig? Es wird zunächst in Organen der Socialdemokratie der Versuch gemacht, den Nachweis zu führen, daß die Attentate bestellte Arbeit gewesen seien. Als man ein sah, daß auf dem Wege nicht fortzukommen sei, und als sogar Organe der Socialdemokratie — ich werde hernach eine Probe davon mittheilen — im Auslande erklärten, daß sie überzeugt seien, es wäre derartige nicht der Fall, da ging man dazu über, die Nichtzurechnungsfähigkeit der beiden Verbrecher zu behaupten, sie als Idioten und ihre Thaten als Erscheinungen darzustellen, wie sie zu allen Zeiten hin und wieder vorgekommen seien und für die Niemand verantwortlich sein könne.

Meine Herren, die Untersuchung, die geführt worden ist, hat nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür gegeben, daß die beiden Männer irgendwie nicht im Stande gewesen seien, die Folgen und die Bedeutung ihrer Thaten zu überlegen, im Gegentheil, Alles, was sich hat feststellen lassen, ist das, daß sie mit vollkommener Zurechnungsfähigkeit und im festen Falle mit einer hochhalten Abgesamtheit gehandelt haben, wie sie wohl selten vorkommt. Demnach, meine Herren, ist man aber hierbei nicht stehen geblieben, sondern es ist in vielen Organen der Socialdemokratie dazu übergegangen, die Thaten zu entschuldigen, die Leute zu erschlupfen. Man hat nicht sie, sondern die Gesellschaft verantwortlich gemacht für die Verbrechen, welche begangen worden waren. Sie werden sich erinnern eines Artikels des Hauptorgans der Socialdemokratie, des Leipziger „Vorwärts“, welcher schließt: „Nicht sie gehören auf die Anklagebank, sondern Ihr, Ihr, die Gesellschaft, die mit den wahnwichtigen und nichtsnutzigen Zuständen hervorgerufen haben, daß dergleichen geschehen.“ Parallel damit, meine Herren, gingen die Äußerungen über die frevelhaften Thaten, die in Auslande gegen hohe Beamte versucht, beziehungsweise vollführt waren. In Beziehung auf das Attentat der Wjersa Saffulisch und den Mord des Generals Mesenzow haben Sie in einem hier erscheinenden Blatt die Frage gelesen: „Nun, was blieb Jenen denn übrig? Wie anders konnten sie sich helfen?“ Endlich, meine Herren, hat die Socialdemokratie im Auslande ausdrücklich und mit direkten Worten ihre Sympathie mit diesen Thaten ausgesprochen. Der Kongreß der jurassischen Föderation, welcher im Juli d. J. in Freiburg getagt hat, hat ausdrücklich gesagt, die Akte Hödel's und Nobiling's wären revolutionäre Akte, die ihre volle Sympathie hätten. (Hört! hört! rechts.) Und in einer Korrespondenz eines Organs, welches in Genf erscheint, einer Korrespondenz aus Florenz vom 3. September heißt es: „Gekommen ist der Moment, welcher am Firmament des italienischen Proletariats glänzt, und wenn der Moment gekommen sein wird, werden auch wir unsern Hödel und Nobiling haben.“ (Hört! hört! rechts.) Nun, meine Herren, ist mir sehr wohl bekannt, daß nicht alles von ausländischen, socialistischen und socialdemokratischen Bestrebungen und Verbindungen eine Richtung hat. Es ist mir sehr wohl bekannt, was vorhin schon angebeutet wurde, daß die Richtung Marx eine andere ist, als die Richtung der sogenannten Anarchisten. (Doh! links.) Aber, meine Herren, es ist nicht zu läugnen, daß diese Verbindungen alle unter einander im Zusammenhang stehen, und es ist eine Erfahrung in solchen Bewegungen die auf dem Gesetze der Schwere beruhen, daß die extremen Richtungen allmählich die Oberhand gewinnen und die gemäßigeren ihnen gegenüber sich nicht aufrecht erhalten können. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube also voll und ganz berechtigt zu sein, wenn ich

wiederhole, die Lehren, die Tendenzen und die Agitationsweise der Socialdemokraten sind dafür verantwortlich, daß so traurige Dinge bei uns vorkommen. (Sehr wahr! rechts.) Und wenn Sie diese Lehren und Ziele der Socialdemokraten etwas näher ins Auge fassen, dann ist nicht, wie vorhin gesagt worden ist, die friedliche Entwicklung das Ziel, sondern die friedliche Entwicklung ist nur eine Etappe, welche zu den letzten Zielen führen soll, Zielen, die auf keinem andern Wege, als auf dem Wege der Gewalt erreicht werden können! (Sehr wahr! rechts.) Ihnen gegenüber, meine Herren, die Sie die Programme, die Schriften der Socialdemokratie näher kennen, brauche ich nicht Schritt vor Schritt diesen Beweis zu führen, der hundertmal geführt worden ist. Wenn aber jetzt behauptet worden ist, daß gerade Hr. Marx derjenige wäre, der verabsieht, mit andern als friedlichen Mitteln in die Aktion einzutreten, dann kann ich mir doch nicht versagen, ein paar Aeußerungen gerade dieses Mannes anzuführen, welche das Gegentheil beweisen. Marx sagt in seiner Schrift über das Kapital: „Unsere Zwecke können nur erreicht werden durch den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaft.“ (Hört! hört!) Und an einer andern Stelle, welche in der Schrift des Hrn. Bebel „Unsere Ziele“ zitiert wird, heißt es als ein Ausspruch von Marx: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht, sie ist selbst eine ökonomische Potenz.“ Und der Herr Vorredner selbst hat in seiner Schrift „Unsere Ziele“, die in sechster Auflage erschienen ist, an einer Stelle Folgendes gesagt: „Der Verlauf dieser Entwicklung hängt von der Intelligenz ab, mit der die betheligen Kreise die Bewegung erfassen, er hängt von dem Widerstand ab, den die Bewegung an ihren Gegnern findet. Das Eine ist sicher: je heftiger der Widerstand, um so gewaltsamer die Herbeiführung des neuen Zustandes. Mit Sprengen von Rosenwasser wird die Sache auf keinen Fall gelöst.“

Nun, meine Herren, ich glaube, es ist Beweis genug, welches die Mittel sind, mit denen allein die Ziele in's Werk gesetzt werden, Beweis genug, daß der Staat berechtigt und nach den Regeln der Nothwehr auch verpflichtet ist, nicht erst abzuwarten, bis die Gewalt eintritt, sondern bei Zeiten diejenigen Maßregeln zu treffen, welche notwendig sind, um vorzubeugen, um Staat und Gesellschaft gegen die verderblichen Wirkungen solcher Lehren, solcher Agitationen in Schutz zu nehmen. Meine Herren, und wenn man im Tone des Vorwurfs gesagt ist, daß in früherer Zeit die Regierung sich bemüht habe, mit den Führern der Socialdemokratie Fühlung zu gewinnen, dann bin ich in diesem Augenblicke aus einem sehr natürlichen Grunde, nämlich darum, weil ich es in der That nicht weiß, nicht im Stande, über die einzelnen Thatfachen, die behauptet sind, Auskunft zu geben, aber, meine Herren, das kann ich doch sagen, es ist doch sehr unrichtig, darin einen Vorwurf für die Regierung zu finden. (Bewegung.) Meine Herren! Wenn eine Bewegung von den Dimensionen beginnt, wie die Arbeiterbewegung, dann ist es für die Regierung nicht bios wünschenswert, sondern auch notwendig, sich nicht bios auf Hörensagen oder auf die Schriften über die eigentlichen Ziele (Nachen links), um die es sich handelt, zu verlassen (sehr wahr! rechts) und sich zu informieren, sondern womöglich von den Leitern dieser Bewegung selbst zu erfahren (Aha! links), welche Ziele sie verfolgen, welche Motive sie haben, und zweitens, wenn es irgend angänglich ist, eine so mächtige Bewegung in den ruhigen Strom gesetlicher Entwicklung überzuführen. Das ist keine Pflichtverletzung, sondern das ist Pflichterfüllung. (Beifall rechts.) Und wenn nachher sich ergibt, daß dieser Versuch ein vergeblicher gewesen ist, daß man ihn dann nicht erneuern kann, sondern daß man wohl auf einem andern Wege versuchen muß, der Bewegung gegenüber zu treten oder ihrer Herr zu werden, das liegt ebenfalls in der Natur der Sache. Ich habe dabei noch gar nicht einmal herangezogen, daß zu der Zeit, als die Annäherungen stattgefunden haben sollen, von denen der Herr Vorredner sprach, die Bewegung sich in ganz andern Bahnen befand, als heut zu Tage: es war damals Lassalle an der Spitze, und seine Anhänger, während es Jedem bekannt ist, daß demnach diese Richtung unterdrückt und beschränkt worden ist von der weitergehenden, von der sogenannten internationalen Richtung, und daß diese jetzt die herrschende ist. (Sehr wahr! rechts.) Nun, meine Herren, wenn dem aber so ist, dann bleibt mir nur noch übrig, hinzuzufügen, daß ich der Behauptung, daß neuerlich in unsern Tagen, wie man sich, glaube ich, ausgebrückt hat, von Leuten, die der „Provincial-Korrespondenz“ nahe stehen, Versuche der Vereinarbeitung oder Verbindung mit den Socialdemokraten und ihren Führern gemacht worden seien, ein ganz bestimmtes „Nein“ entgegen zu stellen habe. Mir ist nicht das Geringste bekannt. Etwas Derartiges in's Allgemeine hierin zu behaupten, hat kein Mißliches, ich kann Ihnen aber mit der größten Bestimmtheit sagen, daß ich nicht allein nichts davon weiß, sondern mir auch keine Vorstellung davon machen kann, von welcher Stelle aus und wie das geschehen soll. Ich muß deshalb, bis mir Thatfachen angeführt werden, auf die ich bestimmt antworten kann, sie auf das Bestimmteste in Abrede stellen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. S a m b e r g e r: Meine Herren, ich beantrage, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung zu überweisen, und wenn ich noch daran zweifelte, daß dieses Gesetz einer durchgehenden Prüfung bedürfe, so würde mich namentlich die Rede des Abg. Bebel davon überzeugt haben, daß kein Versuch unterlassen werden darf, um uns von den Gefahren zu befreien, welche uns hier vorgeführt worden sind. Wenn die socialdemokratischen Bestrebungen so mächtig geworden sind, wenn andererseits die große Mehrheit dieses Hauses davon durchdrungen ist, daß die Ziele der Socialdemokratie unvertäglich sind mit dem Fortbestehen einer Gesellschaft und eines Staates, wie wir sie uns denken, dann bleiben nur zwei Wege offen. Entweder nur unterzugehen, ohne den Versuch der Rettung gemacht zu haben, oder, wenn der Abg. Bebel recht hat, unterzugehen, nachdem wir versucht haben werden, uns der Socialdemokratie zu erwehren. Das junge Deutsche Reich ist nun — heute ist dies notorisch — bestimmt das Land, welches zur Austragung dieses Kampfes zunächst anzugetreten ist; vielleicht liegt ein Grund dazu mit in dem schnellen Wachsthum und in der ganzen Entwicklung des größten deutschen Staates; die rasche Machtentfaltung bei der inneren großen

Schwierigkeit ist dadurch nur möglich geworden, daß mehr als in den andern Ländern der Staat an das Individuum den Anspruch erhob, sich ihm hinzugeben. Wenn nun Deutschland wirklich prädestinirt ist, diesem Kampfe als Schlachtfeld zu dienen, so müssen wir auf der andern Seite auch sagen, daß kein Land vielleicht weniger geartet ist, eine solche Gefahr zu bestehen; die Zersplitterung der Parteien, die Schwäche des Nationalgefühls in ganzen Schichten der Nation, die ganze neue Gestalt unseres Gemeinthaates machen aus diesen Konvulsionen ganz andere Gefahren für Deutschland, als für andere national entwickelte Länder. Der wüthendste französische und italienische Kommunist ist noch der beste Patriot gegenüber einem deutschen Socialdemokraten. Bei dieser kummer- und sorgenvollen Lage, in die wir uns begeben müssen, sind wir nun außerdem noch in der Lage, daß wir eigentlich ohne Vorbild arbeiten müssen, daß Alles, was in ähnlicher Weise in andern Ländern auf diesem Gebiete geschehen ist, uns nicht als Anhalt dienen kann. Die Eruptionen, welche man hierbei als Vergleich heranziehen will, lassen sich doch nicht mit den Schandthaten vergleichen, welche zunächst den Anlaß zu diesem Gesetze gegeben haben; ein direkter Zusammenhang wie bei den Eruptionen der Communards ist nicht vorhanden; auch Herr Reichensperger und Herr v. Hellborn haben sich nach dieser Richtung hin ausgesprochen. Ich gebe Herrn Bebel vollkommen zu, daß ein Beweis direkten Zusammenhangs der beiden Urheber der Verbrechen nicht geliefert ist, aber das ändert an der Sachlage gar nichts; wir sind vollkommen unterrichtet von der Gefahr, die wir laufen. Der Unterschied im Gegensatz zu andern Ländern ist nur der, wir wollen vor der Katastrophe thun, was andere erst nachher thun müssen, und wir glauben uns um Land und Welt verdient zu machen, wenn wir nicht erst warten, bis die Katastrophe in ihren letzten Symptomen hervorgetreten ist. (Beifall rechts.) Herr Bebel hat mit dem Tone des Vorwurfs gesagt, daß wir die Ziele der Socialdemokratie immer noch nicht kennen, daß der Beweis nicht geliefert sei, daß sie auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Dinge hinauswolle. Ich will über diese Dinge nicht mit ihm streiten, ich glaube, der Herr Graf Wolff hat in seiner Rede in der letzten Session so korrekt die Dinge geschildert, daß keine andere Definition gegeben zu werden braucht. Was Bebel, Liebnicht, Lassalle, Marx auch Alles gegen gewaltsamen Umsturz gesagt haben mögen, Alles ist nicht im Stande, demselben vorzubeugen, wenn es dennoch geschieht, und die schönsten Worte werden vergessen sein, wenn sich eine Bewegung in breitem Strome ergießt. Unter diesen Umständen müssen wir uns klar machen, was wir, wenn wir gewissenhaft diese schwierige Aufgabe lösen wollen, zu thun haben. Wenn wir den mechanischen Mitteln zu viel vertrauen, dann werden wir sicher schwach und ohnmächtig, und wenn wir das Beginnen zu hoch anspannen, dann wird es ein vergeblicher Versuch und die Gefahr dadurch nur um so größer sein. Welches sind denn nun die Mittel der Propaganda, welche wir zu bekämpfen haben? Versammlungen, Breiweine und gedruckte Worte, das sind die drei Faktoren der Propaganda-Ständen wir nur vor der Aufgabe, das Vereins- und Versammlungswesen in seinen Ausdehnungen und Gefahren zu bekämpfen, so wäre der größte Theil der Schwierigkeiten und Bedenken, welche uns hier entgegentreten, leicht zu beseitigen. Nicht als ob ich dieses Recht gering und werthlos schätze, sondern es steht auf einer Zwischenstation, zwischen rein mechanischer Handlung und rein geistiger Bewegung, welche leichter zu überwachen ist. Es ist dies auch der geringere Hebel, um die gefährlichen Meinungen im Volke zu verbreiten; viel schlimmer ist es mit der Presse. Hr. Bebel hat uns dies so anschaulich, und in gewisser Beziehung muß ich sagen, wahrheitsgemäß geschildert, wie es schwer sein wird, diesem Proteus in tausendfacher Gestalt beizukommen und eine Grenze zu ziehen zwischen dem, was erlaubt, und dem, was verboten ist. Hier kommen wir notwendiger Weise, so unangenehm es ist, zu der Aufgabe, zu definiren und eine Grenze zu ziehen, wo dem gedruckten Worte möglicher Weise der Charakter einer den Staat bedrohenden Handlung beizulegen ist oder nicht. Es gibt gewisse Worte und Sätze, welche in sich schon eine verbotene Handlung involviren, hierfür haben wir ein Kriterium zu suchen. Zwischen denen nun aber, welche der Regierung darin entgegenkommen wollen, herrscht eine Divergenz der Meinungen. Einige wollen das Gesetz nur gegen eine einzelne in neuerer Zeit aufgetauchte Richtung erlassen, Andere unter allgemeine Gesetze subsumiren lassen. Es ist meiner Ansicht nach falsch, wenn man das bezügliche Gesetz als Ausnahmegesetz bezeichnen will in dem Sinne, daß es gegen bestimmte Personen gerichtet sei. Die Regierung ist an dieser irrthümlichen Auffassung mit Schuld, indem sie bei der erfolgten Auflösung des letzten Reichstages den Wählern zurief: nicht gegen Dich, den friedliebenden Bürger ist das Gesetz gerichtet, sondern gegen diese eine bestimmte Kategorie von Personen. Dennoch hat trotz der herrschenden aufgeregten Stimmung dieser Appell nicht versungen. Aber das Gesetz ist gar kein Ausnahmegesetz im oben bezeichneten Sinne. Nur wer künstlich gewisse Bestrebungen verfolgen wird, den soll es bedrohen. So wie z. B. das Tabakmonopol, wenn es eingeführt würde, kein Ausnahmegesetz wäre, indem es nur eine bestimmte Sache regeln würde. Ebenso ist das Socialistengesetz nur ein Ausnahmegesetz gegen eine bestimmte Sache, nicht gegen Personen. Nach diesem Gesetze soll in Zukunft nicht der Richter selbständig entscheiden, sondern die Polizei hat als Experte zu bestimmen, der Richter danach sich zu entscheiden. In sofern kann man es allerdings auch ein Ausnahmegesetz nennen. Die Frage der genauen Definitionen betreffend, so bin ich allerdings der Ansicht, daß unsere Gesetzgeber etwas daran tranken, daß wir zu viel Definitionen in denselben angelegt haben. Und doch sind wir hier wieder vor diese schwierige Frage gestellt. Die eigentliche Quelle der Gefahren, meine Herren, sind nicht die Socialdemokraten, sondern ist das socialistische Programm. Nicht die Personen. Ich glaube nicht an die Zukunft der Socialdemokratie in dem Sinne, daß sie die Welt umgestalten wird. Wer das allerdings glaubt, der kommt bei Erlaßung dieses Gesetzes in die Verlegenheiten, welche uns Herr Bebel vorher so drastisch geschildert hat. Und wer, wie er, glaubt, daß staatliche Vorkehrungen allein die Entwicklung so großer Bewegungen bestimmen können, oder befindet sich auf der schiefen Ebene. Aus der Nation heraus muß die

